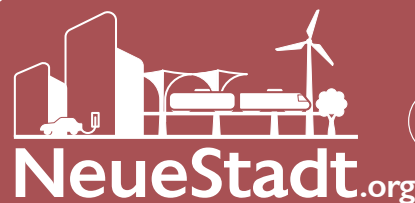


Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 49 Berlin und Bonn

9. Dezember 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Resilienz steigern

(BS) Resilienz ist Substantiv, das im deutschen Sprachraum bisher überwiegend in der Psychologie verwendet wurde. Es bezeichnet die psychische Widerstandskraft und die Fähigkeit, auch in schwierigen Situationen ohne anhaltende Beeinträchtigungen zu handeln. Dieser Prozess der Anpassungsfähigkeit ist verbunden mit veränderten Auffassungen und praktischen Herangehensweisen. Es ist überlebenswichtig für die Menschheit.

Im Katastrophenschutz wird der Begriff Resilienz seit geraumer Zeit immer mehr im ähnlichen Sinn verwendet: Auch in schwierigen Lagen handlungsfähig zu bleiben, indem man sich gut vorbereitet – dies wird nie perfekt sein – und indem man aus Fehlern lernt, um das nächste Mal besser reagieren zu können.

Hier ist die Frage, wie resilient der Katastrophenschutz selber ist und welche Beiträge er leisten kann, um mit seinen Erfahrungen auch andere resilienter zu machen. Die Anderen sind die Mitmenschen und die Wirtschaft. Bei diese ist das Thema Resilienz noch lange nicht so verbreitet, wie es sein sollte. Es gibt noch viel zu tun. Ein langer Weg liegt vor uns.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Neues Bund-Länder-Zentrum kommt

(BS) Auf der Innenministerkonferenz (IMK) wurde die Verwaltungsvereinbarung für ein neues Bund-Länder-Kompetenzzentrum für Krisenmanagement und Krisenprävention vorgelegt. Diese Vereinbarung wurde jedoch noch nicht unterschrieben.

Das Zentrum soll schon im kommenden Jahr seine Arbeit aufnehmen. Die Bund-Länder-Einrichtung soll beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) angesiedelt werden. Sowohl Bund als auch die Länder werden je mindestens fünf Personen entsenden, die den Kern bilden sollen. Die Kosten werden entsprechend dem Königsteiner Schlüssel geteilt. Zudem soll ein neues IT-gestütztes Frühwarnsystem zur Identifikation und Bekämpfung von Krisen aufgebaut werden. Bei diesem Warnsystem ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) geplant.

Nach Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, der in der IMK als Sprecher der SPD-geführten Ressorts (sogenannte "A-Länder") fungiert, brauche es mehr Kompetenzbündelung in diesem Bereich. Die Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz habe sich überlebt. "Wir brauchen auch in Krisenzeiten ein nationales Krisenkommando", sagte der Sozialdemo-



Das Bund-Länder-Zentrum soll kommen, sagen (v.l.n.r.) Boris Pistorius, Thomas Strobl und Joachim Herrmann.

Foto: BS/IM BW/Steffen Schmid

krat. Als Vorbild könnte hierbei das Havariekommando mit Sitz in Cuxhaven dienen.

Auf der IMK forderte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in diesem Zusammenhang, dass die Bemühungen im Katastrophenschutz sowie die Vorsorge intensiviert werden müssten. Sowohl der Unionspolitiker als auch der Sozialdemokrat forderten einen weiteren Ausbau der Sireneninfrastruktur. Das entsprechende Sonderförderprogramm des Bundes über 88 Millionen Euro sei zwar zu begrüßen, reiche aber längst nicht aus.

3 Fragen – 3 Antworten – 3 Minuten
Behördenwissen zum Reinhören

STICHWORT

PUBLIC SECTOR
INSIDER

behoerden-spiegel.de/podcast

Der Podcast des
Behörden Spiegel

Vorbereitungen für einsatzkritisches Breitband

(BS) Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) nutzen zunehmend Breitbanddienste. Zwar bleibt der einsatzkritische TETRA-Digitalfunk weiterhin von großer Bedeutung, aber er muss um genauso sichere und verlässliche breitbandige Technologien ergänzt werden. Pläne hierzu gibt es bereits, Entscheidungen allerdings noch nicht. Keiner wolle den verlässlichen BOS-Sprachfunk missen, aber moderne einsatzkritische Kommunikation erfordere eine dedizierte Infrastruktur für breitbandige Datenanwendungen, unterstreicht Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU). Entsprechende Konzepte würden bereits zwischen Bund und Ländern und der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) ausgearbeitet. "Aber", so Reul, "das ist nur erfolgversprechend, wenn wir dafür eigene Frequenzen erhalten." Dafür müsse die Branche kämpfen. Gemeint sind die Bänder der sogenannten dritten digitalen Dividende zwischen 470 und 694 MHz, deren Lizenzen bis Ende des Jahrzehnts auslaufen. Reul fordert zudem, die Notfallkommunikation für den eventuellen Ausfall des BOS-Digitalfunknetzes neu zu regeln.

Grund für Ausfall in der Flutkatastrophe

Auch BDBOS-Präsident Andreas Gegenfurtner räumt ein, dass durch die zerstörerische Flut etliche Digitalfunk-Basisstationen vom Netz getrennt wurden und benennt gleich eine Ursache: ihre Anbindung be-

ruhte auf kommerziellen Angeboten, die flächendeckend vom Netz gingen. Im BOS-Kernnetz und seinen Vermittlungsstellen, deren Verbindungen besonders strengen Sicherheitsanforderungen folgten, habe es hingegen keine Beeinträchtigungen gegeben. "Wir verlegen halt keine Leitungen über Brücken", so der BDBOS-Präsident.

Umsetzung der Planung entscheidend

Gegenfurtner erläutert auch gleich das von Bund und Ländern vereinbarte Vier-Phasen-Modell (null bis drei) für den Aufbau eines künftigen BOS-Breitbandangebots, das für die finale Phase drei eine dedizierte BOS-Breitband-Infrastruktur und das allmähliche Auslaufen des einsatzkritischen Tetra-Sprachfunks vorsieht. In den Phasen null und eins werden die BOS danach allerdings noch vollkommen auf die Breitbandangebote kommerzieller Anbieter angewiesen sein, die derzeit nicht den Anforderungen einsatzkritischer Kommunikation entsprechen. In Phase zwei soll darüber hinaus ein dediziertes breitbandiges Zugangsnetz mit eigenen Basisstationen aufgebaut werden. Mit dem zunehmenden Aufbau BOS-eigener Infrastrukturen soll dann die Nutzung kommerzieller Betreiber nach und nach reduziert werden. In der abschließenden Phase drei werden die Tetra-Sprachdienste in das BOS-Breitbandnetz überführt. Das TETRA-Netz könnte abgeschaltet werden. Für die Umsetzung dieser Planung seien Frequenzen entscheidend, so Gegenfurtner.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 6. Dezember:](#)

- "Amerika ist eine pazifische Macht"
- Reichsbürger beim BND

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 6. Dezember:](#)

- Bald keine verdachtsunabhängigen Kontrollen mehr in Berlin

[Podcast "Public Sector Insider" vom 7. Dezember:](#)

- Corona als Dienstunfall

[Newsletter "Digitaler Staat und Informationstechnologie" vom 8. Dezember:](#)

- "Holibri"-Shuttle: Fahrdienst auf Abruf

[E-Journal "Future4Public":](#)

- Für die Gleichstellung von Ehrenamtlichen

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 17. November:](#)

- Wie gelingt die Mobilitätswende?

Digitaler Katastrophenschutzkongress 2022

Pandemie, Hochwasser, Energie: Die Krise als Dauerzustand?!

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel

Neue Lehrfeuerwache auf der Wache Wedding

(BS) Die Berliner Feuerwehr verfügt über eine zweite Lehrfeuerwache. An beiden Standorten ist ein Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug (LHF) im Regelfall mit vier bis fünf in der Ausbildung befindlichen Nachwuchseinsatzkräften besetzt. Sie versehen einen praktischen Ausbildungsabschnitt am Ende ihrer Laufbahnausbildung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst.

Unter Anleitung rücken sie gemeinsam zu Einsätzen aus. An den Einsatzstellen werden die Nachwuchseinsatzkräfte ihren Fähigkeiten entsprechend eingesetzt. So können zum Beispiel kleinere Tätigkeiten in Eigenverantwortung abgearbeitet werden,



Die Berliner Feuerwehr verfügt nun über eine weitere Lehrfeuerwache (Foto). Davon gibt es im Stadtgebiet nun zwei.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

wohingegen an größeren Einsatzstellen oder bei komplexeren Einsatzsituationen Teilaufgaben übernommen werden. Die Nachwuchseinsatzkräfte sollen ihre erlernten Fähigkeiten und Fertigkeiten festigen.

Hohe Qualität während der praktischen Ausbildung im Fokus

Neben der Teilnahme am Einsatzdienst unterstützen die Nachwuchseinsatzkräfte auch in den einzelnen Sachgebieten auf der Feuerwache und lernen so, den Dienstbetrieb einer Feuerwache aufrechtzuerhalten. Durch regelmäßigen Dienstsport wird die körperliche Fitness unterstützt. In sogenannten Wachunterrichten, die teils theoretisch und teils praktisch stattfinden, werden die Nachwuchseinsatzkräfte zusätzlich fortgebildet. Einige Unterrichtsthemen müssen dabei von ihnen selbsterarbeitet und vor der Wachmannschaft gehalten werden.

Im Fokus beider Lehrfeuerwachen steht eine gleichbleibend hohe Ausbildungsqualität während der praktischen Ausbildungsabschnitte. Die in der Ausbildung an der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie (BFRA) vermittelten Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten sollen im Praktikum gefestigt und erweitert werden.

@fire klassifiziert

(BS) Die Vereinten Nationen (UN) klassifizierten die deutsche Hilfsorganisation @fire als weltweit erstes internationales Such- und Rettungsteam - Urban Search and Rescue (USAR) - der Kategorie "Light".

Dazu durchlief das 20-köpfige Rettungsteam die mehrtägige Übung "NSIEME 21" der International Search and Rescue Advisory Group (INSARAG) der UN in der Schweiz. Dabei wurde ein Rettungseinsatz nach einem Erdbeben simuliert. Über 30 Prüferinnen und Prüfer aus 23 Ländern bewerteten bei der Übung das Team nach den Richtlinien INSARAG.

Die INSARAG ist eine Organisation der UN und koordiniert sowie standardisiert die internationale Zusammenarbeit im Bereich der USAR. Alle USAR-Teams müssen sich einer Klassifikation durch die INSARAG und einer regelmäßigen Überprüfung in einer der drei Klassifizierung aus light, medium oder heavy USAR-Team unterziehen.

Die Kategorie "light" wurde nach dem Erdbeben in Nepal 2015 in der INSARAG erarbeitet. @fire wirkte dabei mit. Ein USAR Light-Team bestehend aus mindestens 17 Einsatzkräften muss über die Fähigkeit verfügen, einen Such- und Rettungseinsatz über fünf Tage mit je zwölf Stunden durchzuführen.

Behörden Spiegel

SONDERPUBLIKATIONEN

LESEN SIE AUCH UNSERE PUBLIKATIONEN U.A. AUS DEN SCHRIFTENREIHEN:

- MODERNE POLIZEI
- BDBOS
- MODERNE STREITKRÄFTE
- MILITÄRATTACHÉS

www.behoerden-spiegel.de/sonderpublikationen

THW-Logistik für NRGs hermine feiert

(BS) Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) und das Technische Hilfswerk (THW) haben eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der die beiden Stellen bei der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) zusammenarbeiten wollen.

Konkret unterstützt das THW mit ihren bundesweiten Logistikzentren den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz. Die Bundesanstalt lagert in seinen Zentren nun auch medizinische Schutzausstattung für nationale Notlagen, wie Mund-Nasenschutzmasken, Einmalhandschuhe oder Schutzanzüge, ein. "Ziel ist es, auf gesundheitliche Gefahrenlagen künftig schneller reagieren zu können und besservorbereitet zu sein", fasst THW-Präsident Gerd Friedsam die Kooperation zusammen. Die persönliche, medizinische Schutzausrüstung aus den Logistikzentren soll zukünftig jederzeit verfügbar sein.



Gerd Friedsam, Präsident des Technischen Hilfswerks (THW), unterzeichnete eine Vereinbarung mit dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) für eine Zusammenarbeit.

Foto: BS/THW

(BS) Der Messenger-Dienst hermine@THW feierte seinen ersten Geburtstag. Die Bilanz des Dienstes kann sich seit der Einführung im Dezember 2020 sehen lassen.

hermine@THW steht seit Einführung allen Angehörigen des Technischen Hilfswerks (THW) ab 16 Jahren zur Verfügung. Mittlerweile nutzten rund 33.000 Kräfte des THW diesen Messenger. Der Dienst wurde eingeführt, damit schnell und sicher kommuniziert werden kann und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen gestärkt wird. Welchen Beitrag der Dienst leisten kann, wird mit Blick auf die Flutkatastrophe im Juli klar. Bei diesem Einsatz waren mehr als 16.000 THW-Kräfte aus ganz Deutschland im Einsatz. Neben dem Digitalfunk setzten diese Helferinnen und Helfer auch hermine@THW zur Kommunikation ein. Täglich wurden bis zu 60.000 Nachrichten über den Dienst ausgetauscht. "hermine hat es den THW-Einsatzkräften unheimlich vereinfacht, sich auszutauschen und zu informieren. So wurde der schwierige Einsatz erleichtert. Für die Kommunikation im THW ist hermine ein sehr wichtiger Baustein", erläuterte Gerd Friedsam, Präsident des THW. hermine@THW ist vergleichbar mit anderen Messenger-Apps.

Der Messenger hat eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Ebenso sind Telefon- und Videogespräche ohne Verwendung einer Rufnummer möglich. Über diesen Kanal können Informationen datenschutzkonform ausgetauscht werden.

Neues Ponton-Boot

(BS) Ein neues Ponton-Boot wurde der Öffentlichkeit vorgestellt. Die schwimmende Plattform wurde in Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk (THW), General Dynamics, dem DST, Szenaris und der TU Kaiserslautern entwickelt. Das Entwicklungsprojekt wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit vier Millionen Euro gefördert und vom VDI Technologiezentrum betreut.

Das Projektkonsortium entwickelte und erprobte drei Jahre lang eine nutzbare schwimmende Plattform sowie eine dazugehörige Wassererkundungsdrohne. Das THW brachte in das Projekt die Anforderungen der Anwenderseite in die Entwicklung des Ponton-Boots ein.

Das Boot soll bei großflächigen Überflutungen zum Einsatz kommen und den Transport von Material, Fahrzeugen oder Personen über die überschwemmten Gebiete ermöglichen. Die bisher genutzten Pontons des THW genügen nicht mehr den aktuellen Anforderungen. So könnten diese nicht von allen Seiten befahren werden und nur eine geringe Last tragen. "Das neue Ponton-Boot ist nach den Ansprüchen verschiedener Einsatzorganisationen entwickelt. Es erfüllt höchste technische Anforderungen bezüglich Steuerung, Motorantrieb und weiterer Komponenten, ergänzt unsere Einsatzbereiche und ermöglicht den Transport schwerer Lasten über Wasserwege. Davon profitieren alle THW-Fachgruppen", sagte THW-Präsident Gerd Friedsam.



Zukunft – Stadt und Region

Eine Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

3G-Minus
Gefälschte Impfnachweise

12.1.2022, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Rot-grün-rote Pläne für Berliner Feuerwehr

(BS) Nach dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene legten die alten und neuen Regierungsparteien des Landes Berlin, bestehend aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, ihrerseits einen Koalitionsvertrag vor. Viele angestoßene Maßnahmen im Katastrophenschutz sollen fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Zum einen wollen die drei Parteien das Sondersanierungsprogramm für die Berliner Feuerwehr fortführen. Im besonderen Maße sollen die Instandsetzung oder die Sanierungen von sanitären Einrichtungen finanziell abgesichert werden. Eine finanzielle Absicherung sollen auch die notwendigen Neubauten der Freiwilligen Feuerwehr, die Errichtung der kooperativen Leitstelle und der Neubau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie (BFRA) erfahren.

Um den Rettungsdienst zu stärken, einigen sich die Parteien auf die Schaffung von Anreizen für die Telemedizin. Ebenso soll eine bessere Versorgung und Behandlung am Einsatzort durch Notfallsanitäterinnen und -sanitäter ermöglicht werden. Geplant ist zudem die Einführung von "multiprofessionellen Kriseninterventionsteams". Diese sollen gerade Menschen, "die sich in einem psychischen Ausnahmezustand befinden", versorgen. Diese Teams werden in einem Modellprojekt eingeführt und an den Rettungsdienst angebunden. Eine Evaluation ist noch in dieser Legislaturperiode vorgesehen. Zudem soll die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes generell von Exter-



Die neue Regierung von Berlin möchte den eingeschlagenen Weg beim Katastrophenschutz weiter gehen.

Foto: BS/BS/Martin Jäger, pixello.de

nen evaluiert werden. Auch das Megathema Klimaschutz findet sich beim Komplex nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr wieder. So will die Koalition die Berliner Feuerwehr bei der Erreichung der Klimaziele unterstützen. Dies bedeutet, dass alle Beschaffungen, besonders die von Fahrzeugen, und die Liegenschaften möglichst klimaneutral gestaltet werden sollen. Auf der Tagesordnung steht zudem die Entwicklung eines "verbindlichen Klimaschutzkonzeptes".

Um effektiv auf Katastrophen reagieren zu können, wollen die Koalitionspartner Notfallpläne für Katastrophen oder Großschadensereignisse, die insbesondere in Folge des Klimawandels oder eines Blackouts entstehen können, entwickeln. Dabei möchten die Parteien die Zusammenarbeit mit Betreibern der Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) vertiefen und Katastrophenschutzzentren etablieren.

150 Tonnen beseitigt

(BS) Der Kampfmittelbeseitigungsdienst in Bayern hat im Jahr 2020 rund 150 Tonnen Kampfmittel geräumt. Darunter waren 63 Blindgänger alliierter Spreng- und Splitterbomben aus dem Zweiten Weltkrieg.

In diesem Jahr investierte das bayerische Innenministerium mehr als 1,2 Millionen Euro in die Neutralisierung und Entsorgung von Kampfmitteln. Für diese Aufgabe beauftragte das Ministerium eine Fachfirma. Die Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg umfassen Bomben, Granaten, Panzerfäuste und Patronenmunition. "Besonders dort, wo es zu Kriegszeiten Bombardierungen gab, etwa im Umfeld ehemaliger Rüstungsbetriebe oder in städtischen Ballungsräumen, muss auch weiterhin mit Bombenblindgängern gerechnet werden", erklärte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass während des Zweiten Weltkrieges 1,3 bis 1,4 Millionen Tonnen Bomben bei Luftangriffen auf das Gebiet des damaligen Deutschen Reichs abgeworfen wurden. Da die meisten Fliegerbomben weniger als eine Tonne wogen, wird die Anzahl der Sprengkörper auf eine zweistellige Millionenanzahl geschätzt. Zehn bis 15 Prozent der abgeworfenen Kampfmittel sollen nicht detoniert sein und liegen seitdem teilweise metertief unter der Erde. Dabei werden die Bomben gefährlicher als ungefährlicher, da nach über sieben Jahrzehnten die Zünder, sowohl chemische als auch maschinelle, komplett durchgerostet sind.

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.

www.f4p.online



Positive Signale aus der Community

(BS) Mit der Wahl von Olaf Scholz (SPD) zum Bundeskanzler sowie der Vereidigung der Ministerinnen und Minister durch den Bundespräsidenten kann die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufnehmen. Im Koalitionsvertrag legten die drei Parteien aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP dar, was sie im Bereich des Katastrophenschutzes vorhaben. Die Resonanz aus der Community auf Behörden Spiegel-Anfragen ist dabei recht positiv.

Gleichstellung rasch umsetzen

Christian Reuter, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), forderte: "Um den Schutz der Menschen nachhaltig zu stärken, sollte die neue Bundesregierung nun zügig handeln und mit einer zukunftsfähigen Finanzierung ihre Verantwortung im Bevölkerungsschutz unter Beweis stellen. Aus Sicht des DRK als freiwillige Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich sind die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland sehr zu begrüßen; wir werden diese auch weiterhin konstruktiv begleiten."

Wesentliche politische Forderungen wie die Neuausrichtung der Konzeption Zivile Verteidigung, der weitere Ausbau der nationalen Zivilschutzreserve des Bundes sowie die Einbettung der nationalen und europäischen Resilienz-Strategie seien erfreulicherweise als konkrete Maßnahmen mit in den Koalitionsvertrag eingeflossen. Aber die bundesweite einheitliche Gleichstellung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen mit den Kräften aus Feuerwehr und Technischem Hilfswerk (THW) müsse rasch umgesetzt werden.

Mehr finanzielles Engagement gefordert

Als weitere große Hilfsorganisation begrüßt die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) auch die geplante Gleichstellung von Helfern. Die Organisation sieht jedoch die neue Regierung in der Pflicht, mehr finanziell zu leisten: "Die Johanniter unterstützen das Vorhaben, dass der Bund mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz übernehmen

will. Notwendig dafür ist eine ressort- und länderübergreifende Zusammenarbeit zur Bewältigung nationaler Krisen und Großschadenslagen. Mit Blick auf die zunehmenden Gefährdungslagen nicht zuletzt in Folge des Klimawandels muss der Bevölkerungsschutz mit seinen ehrenamtlichen Strukturen und materiellen Ressourcen ausreichend ausgestattet und finanziert werden, um in Zukunft wirksam Krisen vorzubeugen und diese zu bewältigen."

Ausbildung harmonisieren

Auch die Deutsche Feuerwehrgewerkschaft (DFeuG) sieht den ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Besonders das Ziel der Stärkung der Krisenresilienz müsse angegangen werden: "Großschadenslagen wie die letzte Flut haben gezeigt, Silodenken ist vor allem in Gefahrenabwehrlagen eher hemmend. Ein Überwinden dieser festen Strukturen soll vorangetrieben werden. Aus unserer Sicht sehr zielführend ist, das Thema Föderalismus vor allem unter dem Gesichtspunkt des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes, der Inneren Sicherheit zu betrachten. Wir erwarten hier die Umsetzung der angestrebten Neuausrichtung des BBK und die Klärung von Zuständigkeiten. Da auch für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr Planung und vorausschauende Genehmigungen notwendig sind, ist auch das fixierte Ziel, personelle und technische Kapazitäten zu erhöhen, um eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung zu erreichen, ein sehr begrüßenswertes." Ebenso wird das Vorhaben der Harmonisierung der Ausbildung von Rettungssanitätern po-



Die Vorhaben der neuen Bundesregierung wurden positiv aufgenommen.

Screenshot: BS/Klawon

sitiv bewertet. Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), hält das Engagement des Bundes im Bevölkerungsschutz für besonders geboten: "Eine wirksame und subsidiär-föderale Aufgabenteilung muss sich gerade im Bereich des Bevölkerungsschutzes künftig noch deutlicher an einheitlichen Zielen und Planungsmethoden, gemäß dem Prinzip "Think nationally, act locally", ausrichten. Nur mit einer von allen verantwortlichen Aufgabenträgern auf Bundes- und Landesebene vereinbarten, gemeinsamen Zielmatrix lassen sich auf regionaler, Kreis- und kommunaler Ebene konvergierende Planungen und Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Der DFV unterstützt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Transformation des BBK zur Zentralstelle im Bevölkerungsschutz." Gerade Schadensereignisse in Folge von Unwetterkatastrophen würden in Zukunft häufiger auftreten, deshalb brauche es eine zentrale Bereitstellung von Informationen und Lagebildern.

Jeden Dienstag neu
Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast

Der Podcast des
Behörden Spiegel

Vorbereitung für das Maximale

(BS/Dr. Dominic Gißler) Stäbe werden in Gefahrenabwehr und Krisenmanagement im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft zur Führung anspruchsvoller Einsätze eingesetzt. Aus Sicht der verantwortlichen Instanz wird durch einen Stab Kompetenz gebündelt und die Leistungsfähigkeit gegenüber einer Einzelperson als integrale Führungsstelle vergrößert. Stäbe handeln im Auftrag, wobei die Letztverantwortung stets bei der beauftragenden Stelle verbleibt. Der delegierte Handlungsspielraum kann sich je nach Organisationskultur und Branche stark unterscheiden. Die Entscheidungsfindung und Beratungsarbeit durch den Stab sind für den Ereignisfortgang im Wortsinn entscheidend.

Diese Tätigkeiten beanspruchen, außer bei seltenen reinen Beratungsaufgaben, zeitlich gesehen allerdings nur den kleineren Teil der Arbeitszeit. Koordinierende Umsetzungstätigkeiten nehmen mehr Kapazität in Anspruch. Ein Stab als Führungsorgan verkörpert eine besondere Aufbauorganisation. Dieser Modus hat im Vergleich zur alltäglichen, allgemeinen Aufbauorganisation u. a. Vorteile hinsichtlich der Entscheidungs- und Umsetzungsgeschwindigkeit, bei der Koordination von Akteuren sowie bei der Ressourcenverwaltung. Im Bevölkerungsschutz ist die Mitarbeit in Stäben zuallermeist eine nebenberufliche oder ehrenamtliche Aufgabe.

Stabsarbeit bezeichnet eng gefasst das Arbeiten in einem Stab, das Arbeiten eines Stabes oder das Führen mit einem Stab. Das Aktivieren eines Stabes impliziert, dass es um einen Einsatz, um Notfall-/Krisenmanagement oder allgemein um die Bewältigung einer außergewöhnlichen Situation geht. Diese Außergewöhnlichkeit steht als Begründung und zentrales Merkmal für Einsätze unter der Führung von Stäben zugleich. Aus theoretischer Sicht ist die Installation eines Stabes ein Mittel, um eine außergewöhnliche Situation bzw. einen Einsatz führbar zu machen.

Für alles gewappnet sein

An Stäbe werden höchste Ansprüche gestellt. Sie sind die letzte Instanz, die die Bewältigung



Dr. Dominic Gißler ist Vertretungsprofessor für nationalen und internationalen Bevölkerungsschutz an der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin. Er ist Sprecher der Arbeitsgruppe Stabsarbeit in der Expertenkommission der VfDB zur Untersuchung der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021.

Foto: BS/privat

einer außergewöhnlichen Situation steuern kann. Als Universalinstrument umfasst ihr Portfolio quasi alles Mögliche. Aus Sicht der Daseinsfürsorge sind Stäbe für Ereignisse maximaler Ausprägung vorgesehen, bei denen beispielsweise Bürgerschaft, Siedlungsfläche, Infrastruktur, Versorgung und Verwaltung in höchstem Maße betroffen sind. Risiken haben heutzutage auch systemischen Charakter. So sind Ursachen und Wirkungen nicht immer klar zu erkennen. Physische und mediale Realitäten sind Komponenten und Gesamtheit zugleich und die Bewältigung kann aufgrund grenz- und bereichsüberschreitender Folgen nicht in den Silos des Alltags erfolgen. Vermeintlichen Neuartigkeiten kann mit generischen Führungsvorgängen begegnet werden, mit denen sich Führungspersonen jedes Ereignis zur Bewältigung erschließen können. Die Kenntnis dieser Ereignisseigenschaften ist die zentrale Voraussetzung, um Führungspersonen ausbilden zu können.

Einsätze für Stäbe sind im öffentlichen Bereich vergleichsweise eher selten, wobei z. B. Polizeien in Ballungsgebieten herausstechen. Zwar haben sich im Bevölkerungsschutz durch

die Covid-19-Pandemie sicherlich Routinen etabliert. Auf die Fläche gesehen herrscht im operativ-taktischen Bereich (Feuerwehr, Katastrophenschutz) wie auch im administrativ-organisatorischen Bereich (Verwaltung) allerdings eine gewisse Übungserfahrung vor. Es obliegt den Kommunen und Ländern, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse, Krisen- oder Verwaltungsstäbe einzurichten und zu unterhalten. Die Ausbildung der Stabsmitglieder ist in den Ländern unterschiedlich geregelt. Trainings mit Planspielen oder Fallbesprechungen sind ein wirksames Mittel, um Führungspersonen mit der Außergewöhnlichkeit von Einsätzen vertraut zu machen. Solche Methoden sind in Einsatzorganisationen oder in der Wirtschaft ein übliches Mittel. Im Verwaltungsbereich sind sie kaum verbreitet.

Ob ein Führungssystem so funktioniert wie vorgesehen, kann man im Wortsinn nur erfahren, wenn es eingesetzt und damit realen Bedingungen ausgesetzt wird. Durch Übungen oder Audits kann der Funktionsgrad zumindest teilweise überprüft werden. Wie häufig dies zu erfolgen hat, ist im öffentlichen Bereich nicht verbindlich vorgegeben. Weit gefasst geht es bei Stäben im Bevölkerungsschutz eigentlich darum, Führungssysteme für außergewöhnliche Situationen vorzuhalten, bei denen die alltäglichen Strukturen nicht ausreichen oder selbst beeinträchtigt sind.

Flutkatastrophe zeigte Grenzen auf

Zusammengefasst sind Stäbe aufgrund ihrer universalen Eignung das zentrale Mittel des Bevölkerungsschutzes. Damit haben sie für die öffentliche Daseinsfürsorge eine herausragende Bedeutung. Die Konstitution der Führungssysteme muss sich am Horizont der zu erwartenden Ereignisse in ihrer maximalen Ausprägung bemessen. Erfahrungsgemäß wird den Stäben im öffentlichen Bereich im Alltag eher weniger Aufmerksamkeit gewidmet – was der Bedeutung dieser besonderen Organe der Daseinsfürsorge eigentlich nicht gerecht wird. Die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 hat gezeigt, wie mehrere Führungssysteme durch ein Maximalereignis im Elementarbereich an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gerieten.

Angelika Schorer ist neue BRK-Präsidentin

(BS) Auf der 40. Landesversammlung des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) wurde Angelika Schorer zur neuen Präsidentin gewählt. Sie erhielt 197 der 378 Stimmen. Die 63-Jährige setzte sich damit in einer Kampf- abstimmung gegen Holger Krems durch. Eine solche Abstimmung hatte es bisher noch nicht gegeben.

Schorer ist Mitglied des bayerischen Landtages und sitzt für die CSU in dem Landesparlament. Sie ist seit 2003 Mitglied des Landtages und im Ausschuss für Bau und Verkehr sowie Mitglied des Landtagspräsidiums als Schriftführerin. Schorer sagte anlässlich des knappen Ergebnisses: "Ich sehe es als meinen Auftrag, auch diejenigen, de-

ren Stimme ich nicht gewinnen konnte, zu überzeugen. Mein Ziel ist es, den Verband zusammenzuführen. Ich bitte die Delegierten um die Chance, gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft anzugehen."

Sie tritt damit die Nachfolge von Theo Zellner an. Er war seit 2013 Präsident des BRK. Er wird in Zukunft dem BRK weiterhin als Kreisvorsitzender im BRK-Kreisverband Cham erhalten bleiben. In weiteren Wahlen wurden Dr. Florian Meier als Landesarzt, Hans-Frieder Bauer als Landesschatzmeister, Prof. Dr. Peter Bradl als stellvertretender Landesschatzmeister, Prof. Dr. Johannes-Jörg Riegler als zweiter stellvertretender Landesschatzmeister, Prof. Dr. Günther



Die neue Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK): Angelika Schorer

Foto: BS/BRK

Schalk als Landesjustiziar und Marc Faust als stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedsgerichts bestimmt.

Matthias Cramer ist JUH-Vorstand im Landesverband NRW

(BS) Matthias Cramer wurde vom Bundesvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) in den NRW-Landesvorstand der Organisation berufen. Er folgt damit Hans von Tiesenhausen nach. Dieser wurde nach zwölf Jahren Engagement verabschiedet.

Cramer ist gelernter Kaufmann und Volljurist. Der 53-Jährige wird als ehrenamtliches Mitglied des NRW-Landesvorstandes den größten JUH-Landesverband zusammen mit Udo Schröder-Hörster leiten. Der Landesverband umfasst rund 15.000 Johanniter, die sich im Rettungsdienst, Katastrophenschutz, in der Pflege, in Kitas und in der Jugendarbeit einbringen. Rund 10.000 von

diesen sind ehrenamtlich. Die restlichen 5.000 sind hauptamtlich engagiert.

"Ich bin immer wieder aufs Neue begeistert von der Einsatzbereitschaft und dem Willen der Johanniter, anzupacken, wo es nötig ist, und Mitmenschen zur Seite zu stehen. Ganz besonders deutlich wird unsere Fähigkeit zum schnellen Eingreifen und nachhaltiger Hilfeleistung zum Beispiel bei den aktuellen Johanniter-Einsätzen gegen die Corona-Pandemie in dutzenden Test- und Impfzentren oder bei der Unterstützung der Betroffenen der Hochwasser-Katastrophe im Juli dieses Jahres", erklärte der neue Vorstand.



Matthias Cramer wurde als ehrenamtliches Mitglied in den Vorstand des Landesverbands NRW der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) berufen.

Foto: BS/privat)

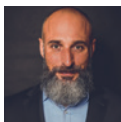
DIGITALER STAAT
ONLINE PARTNER
WEBINAR.

Kommunaler Zahlungsverkehr 2.0

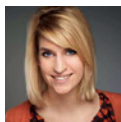
Freitag, 10. Dezember 2021, 10:30 – 12:00 Uhr



Dirk Mühlenweg
Direktor Geschäftsbereich Öffentlicher Sektor Deutschland, Mastercard



Maximilian Ortmaier
Senior Sales Manager, Crosscard



Kristina Kodisch
Senior Product Manager Cash Management, HypoVereinsbank



Grafik: stock.adobe.com/brvector



JETZT BEWERBEN!
 Die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter www.europaeischer-polizeikongress.de/preis

Ausgezeichnet werden herausragende Abschlussarbeiten aus den Fachhochschulbereichen Polizei, Justizvollzug und Sicherheitsmanagement sowie der kriminologischen Institute der Universitäten.

Voraussetzung für eine Bewerbung ist die Empfehlung einer abgeschlossenen Arbeit durch den betreuenden Dozenten.

Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2022

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.
 Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Dr. Gerd Portugal, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel, Büşra Taşdemir. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).
 ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,
 E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.
 Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.